

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M. — Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Telefon für Konkor und Expedition: 2721 und 4590. — **Postcheckkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauscher Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: **Volkszeitung Leipzig**
Telephon 13693. — **Verlag in Leipzig,**
Tauscher Straße 19/21 — Telephon 4590

Insertenpreise: Die 7 gespaltene Kolonelle oder deren Raum 1.50 M., bei Platzvorkauf 2.30 M.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 M., Reklame-Kolonelle 7.50 M. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Nachnahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Das Lohwabohu in Berlin. Der Reichstag wieder ausgeschaltet. — Die sozialistischen Parteien für Annahme, die bürgerlichen unerschütterlich. — Geschäftsministerium oder Koalition mit den Rechtssozialisten?

Berlin, 10. Mai. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Nach dem Sonntag völliger Untätigkeit folgte gestern ein Tag politischer Unrast und stürmischer Nervosität. Schon am frühen Morgen begannen die Fraktionsführungen, die aber zu keinem Entschluß führten. Um 1/1 Uhr mittags trat im Reichsjustizministerium ein Ausschuss der Regierungsparteien zusammen, vor dem der Minister Simons, der Pariser Volkskämpfer Dr. Mayer und die Staatssekretäre Schröder, Bergmann und andere Erklärungen zum Ultimatum gaben, die sich im wesentlichen für die Annahme des Ultimatus aussprachen. Der Seniorenkongress, der um 2 Uhr tagte, beschloß gegen die Stimmen der Vertreter der USPD, die um 4 Uhr angelegte Reichstagsöffnung auf unbestimmte Zeit zu verlagern. Untere Fraktion hat deshalb scharfen Protest eingelegt gegen diese Ausschaltung des Reichstages und die Abgabe der schon anberaumten Sitzung.

Am Nachmittag begannen von neuem die Sitzungen der einzelnen Fraktionen. Die Fraktionen der Rechtssozialisten und der USPD kamen ziemlich gleichzeitig zum Entschluß in der Frage des Ultimatus. Die USPD erklärte, daß die bürgerlichen Parteien die Verantwortung für die Politik zu übernehmen haben, da sie Deutschland in diese Lage gebracht, den Krieg heraufbeschworen haben und nun verantwortlich für die Folgen sind. Durch die Ablehnung werde eine Situation geschaffen, die zur wirtschaftlichen Katastrophe führen müsse, während die Annahme noch eine gewisse Atempause und die Möglichkeit der Korrektur der Undurchführbarkeit gewisser Bestimmungen gewähre. Die rechtssozialistische Fraktion und ihre Parteiauslösung gaben folgende Erklärung ab:

Die Annahme des Ultimatus hat nur dann einen Zweck und die Befreiung des Ruhrreviers ist nur dann zu verhindern, wenn die bayerische Regierung die vorbehaltlose Erklärung abgibt, die Einwohnerwehr rückseitig, das heißt bis zum 30. Mai, zu entlassen und auszulösen. Die Forderungen der Entente in der Reparationsfrage widersprechen in einigen Punkten dem Friedensvertrag, überschreiten weitens die Leistungsfähigkeit des deutschen Volkes und fordern unsern schmerzlichen Protest heraus.

Aber unter dem Druck der brutalen militärischen Gewaltandrohungen, angefaßt der unabweisbaren politischen und wirtschaftlichen Folgen ihrer Verwirklichung, besonders auch wegen der für Oberdeutschland daraus entspringenden Gefahren, erklären sich Partei und Fraktion bereit, jeden ernstlichen Versuch zur Erfüllung des Londoner Finanzdiktats zu unterstützen.

Der Versuch, die zur Erfüllung notwendigen Milliarden aus unserer Wirtschaft herauszuholen, muß jedoch schon in seinen Anfängen scheitern, wenn sich nicht jene Kreise des Bürgertums, die heute noch Leiter unserer Wirtschaft sind, für ihn mit allen Kräften einsetzen, und wenn nicht die notwendigen organisatorischen Maßnahmen getroffen werden, die geeignet sind, die höchste Steigerung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit Deutschlands herbeizuführen. Ebenso hängt das Gelingen der bayerischen Entlassung vor allem von dem Willen und der politischen Einsicht des Bürgertums ab. Die Verantwortung für das Kommenne fällt daher in erster Linie (! D. Red.) dem Bürgertum und den es vertretenden Parteien zu.

Auch innerhalb der deutschnationalen Fraktion kam man schnell zum Entschluß, man ist einmütig für Ablehnung. Bürger anverden die Beratungen des Zentrums, das gestern seinen offiziellen Entschluß faßte, aber überall durchdringend ließ, daß es ziemlich einmütig für Annahme der Bedingungen sei, daß es nur nicht die einzige bürgerliche Partei sein möchte, die dafür eintritt. Die bayerische Volkspartei steht etwa auf dem gleichen Standpunkte, obwohl ein kleiner Teil sehr heftige Bedenken in der Entlassungsfrage hat. Das selbständige Schauspiel boten die Sitzungen der demokratischen Fraktion und der der Deutschen Volkspartei, die fast ohne Unterbrechung vom frühen Morgen bis in die späten Abendstunden. Alle Augenblicke wurde ein neuer Unfall gemeldet, tagen. Wie man für Annahme des Ultimatus, bald darauf, ein Hin und Her, das zeigte, welcher chaotische Zustand in den Köpfen der Mitglieder dieser Fraktionen herrscht. In den späten Nachmittagsstunden, um ein Uhr, nahm man bei den Demokraten eine Abstimmung vor, bei der sich 16 Stimmen für die Ablehnung, 15 Stimmen für die Annahme aussprachen. Daraufhin trat der Parteivorstand zusammen und sprach sich mit großer Mehrheit für die Annahme aus. Die Folge ist, daß heute neue Beratungen stattfinden werden. Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß sie eine gewisse Mehrheit für die Annahme der Bedingungen aufbringen werden. Noch konfus ist die Haltung der Deutschen Volkspartei, die ebenfalls bis in die späten Nachmittagsstunden hinein tagte. Erst 1/1 Uhr hat sie angeblich einen Entschluß gefaßt, in dem mit überwiegender Mehrheit die Ablehnung gefordert wird. Vier Stimmen waren für ein glattes Ja, zehn Stimmen für ein nichtbindendes Ja und etwa 50 Stimmen für die Ablehnung. Wenn sich an dieser Zusammensetzung heute nicht noch wesentliche Veränderungen vollziehen, und das ist durchaus möglich, da die Zentrums bereits chaotisch geworden sind und mit lebhafter Deutlichkeit an die Vorgänge vor der Unterzeichnung des Vertrages von Versailles erinnern, so dürfte das Kabinett Stresemann endgültig erledigt sein, denn Herr Stresemann kann selbstverständlich nicht gegen die Mehrheit seiner Fraktion ein Kabinett der Unterzeichnung bilden.

Die Ansichten, was nun zu geschehen hat, sind sehr verschieden, niemand weiß eigentlich eine Lösung der Frage. Die Deutsche Zeitung behauptet, der Reichspräsident habe bereits den Reichspräsidenten Löbe für die Kabinettsbildung in Aussicht ge-

Die Unabhängige Sozialdemokratie zur Krise.

Die bürgerlichen Regierungen haben durch ihre auswärtige Politik das deutsche Volk in eine verzweifelte Situation gebracht. In den entscheidenden Stunden trat die Regierung zurück und entzog sich jeder Verantwortung. Der Reichstag wird ausgeschaltet. Die bürgerlichen Parteien, die Mitverantwortlichen der Regierungspolitik, verharren in Unentschlossenheit und verlieren kostbare Zeit, ohne die Krise zu lösen. Darin offenbart sich der

Bankrott der bürgerlichen Politik.

So stehen wir unmittelbar vor der Entscheidung. Annahmen oder Ablehnungen, ein Drittes gibt es nicht mehr. In dieser Situation wagen es die bürgerlichen Parteien, die Antwort auf das Ultimatum von der Frage der Entlassung und der Verurteilung der Kriegsverbrecher abhängig zu machen. Für sie treten die finanziellen Forderungen der Entente, die für die wirtschaftliche Lage unseres Volkes entscheidend sind, zurück hinter ihren reaktionären Machtzwecken. Eine solche Haltung wäre die Anerkennung der

Diktatur der bayerischen Orgelei über Deutschland.

Die USPD ist von jeher für die Entlassung eingetreten und betrachtet es als eine Herausforderung der gesamten Arbeiterklasse, einer reaktionären Machtpolitik zuliebe die Sicherheit des deutschen Volkes aufs Spiel zu setzen. Die Ablehnung aus solchen Erwägungen würde den Nationalismus in Frankreich steigern und überall die Sympathie für Deutschland völlig zerstören, die internationale Lage Deutschlands noch mehr verschlimmern.

Die USPD hat stets den Versailles Vertrag als einen Gewaltfrieden des siegreichen Imperialismus verurteilt. Sie hält auch jetzt die wirtschaftlichen Forderungen der Entente für verderblich, sowohl für die deutsche, wie für die Arbeiterklasse aller Länder. Niemand kann sagen, daß die deutsche Wirtschaft alle geforderten Leistungen jahrzehntlang bis zu Ende tragen kann, aber wir sind durch das Verlangen der bürgerlichen auswärtigen Politik in allen Ländern in einer unrettbaren Zwangslage. Die Ablehnung hat zunächst die sofortige Besetzung des Ruhrgebietes zur Folge, das bedeutet Absperrung von Kohle und Eisen, Ansehung der deutschen Industrie, rasche Ausbeutung der Arbeitslosigkeit, Zerstörung des Wirtschaftslebens. Die Ablehnung bedeutet ferner außerordentliche Steigerung der Gefahren für Oberdeutschland, das vormarschierende Frankreich würde unter dem Vorwand der Höflichkeit Deutschlands einem vormarschierenden Polen keine Hindernisse bereiten. Das zweite

Berlin, 9. Mai 1921.

Das Zentralkomitee der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

nommen. Dagegen erklärt die Volkszeitung, daß es überhaupt fraglich geworden sei, ob es heute noch gelingen werde, eine neue Regierungskoalition zustande zu bringen und ein neues Kabinett zu bilden, und daß man bereits stark mit der Möglichkeit rechnen, daß das Geschäftskabinett Zehnbach beauftragt werde, lediglich, damit die Frist nicht verstümmt werde, die Entscheidung über Annahme oder Ablehnung zu treffen. Diese Entscheidung müßte dann nach einfacher Abstimmung im Parlament durch Reichstagsbeschluss des Parlaments von der Regierung durchgeführt werden. Durch die Ablehnung der Deutschen Volkspartei, die man übrigens noch nicht als endgültig ansehen sollte, da sich schon mehrfach die selbständigen Wandlungen in dieser Partei vollzogen haben, scheint eine Wiederherstellung der bisherigen Koalition fast unmöglich, es tritt die alte Koalition: Zentrum, Demokraten und Rechtssozialisten wieder in den Bereich der Möglichkeit. Die Regierung zu bilden und auch beim Zentrum und den Demokraten ist die Neigung dafür nicht sehr groß. Immerhin wird kaum ein anderer Weg übrigbleiben, wenn man nicht ein reines Geschäftskabinet zur Unterzeichnung des Friedensvertrages bilden will, das nach dieser Unterzeichnung dann schnell wieder zu verschwinden hat. Das wäre eine politische Maßnahme, die nicht geeignet ist, das Vertrauen des Auslandes zur Politik des deutschen Volkes zu stärken.

Kommunistendemonstrationen in Paris.

Ein blutiger Zusammenstoß mit der Polizei.
Paris, 10. Mai. (TU.) Die große Kommunistenkundgebung gegen den Krieg hat stattgefunden. Nach den Berechnungen der Humanité haben 100000 Menschen an ihr teilgenommen. Die bürgerlichen Blätter schätzen die Zahl der Teilnehmer geringer. Die Versammlung selbst verlief ungestört, aber nach deren Abschluß kam es zu mehreren Zusammenstößen mit der Polizei, bei denen es zahlreiche Verwundete gab.

Paris, 9. Mai. Anlässlich der gestrigen kommunistischen Kundgebungen gegen den Krieg ist es auf dem Rückwege nach Paris zu Zusammenstößen mit der republikanischen Garde gekommen. Nach dem Petit Parisien wurden zehn Poli-

wichtigste Industriegebiete angegriffen, das wirtschaftliche Elend würde bis zum Chaos gesteigert.

Dagegen verschafft Unterwerfung unter die Ententebedingungen Deutschland wenigstens eine Atempause, die möglichst gewissenhafte Durchführung der exorbitanten Forderungen würde sehr bald den praktischen Beweis liefern, daß dadurch nicht nur die Lebenshaltung des deutschen Volkes niedergedrückt, sondern auch das Wirtschaftsleben der Ententeländer und der Neutralen auf das schwerste geschädigt würde. Die geforderten Geldzahlungen, zunächst über drei Milliarden Goldmark im Jahre, kommen tatsächlich hinaus auf die Lieferung von Industrieprodukten aller Art in diesem Betrage, ohne daß die deutsche Bevölkerung in der Lage ist, sich für diese ausgeführten Waren durch Wareneinfuhr aus den belagerten Ländern einen Ersatz zu beschaffen. Das bedeutet die Herabsetzung der Ausfuhrmöglichkeiten und damit der Eigenproduktion in den Ententeländern selbst. Einen Vorgeschmack davon haben sie schon bekommen in den verheerenden Witzungen, welche die erzwungenen Kohlenlieferungen an Frankreich und England auf die dortige Kohlenproduktion ausgeübt haben. Diese verheerenden Folgen für das internationale Wirtschaftsleben werden eine Verwertung dieser Gewaltpolitik herbeiführen müssen. Damit wird sich die politische Situation Deutschlands in den nächsten Jahren bessern und unter günstigeren Bedingungen neue Vereinbarungen erzielt werden können. Wir vertrauen dabei darauf, daß

Die Kämpfe der internationalen sozialistischen und gewerkschaftlichen Organisationen

gegen Militarismus und Imperialismus die herrschenden Klassen zu einer Aenderung dieser Gewaltpolitik und zu einer

Revision der Friedensverträge

bringen werden. Die Ablehnung des Ultimatus bedeutet eine Katastrophe, die Unterwerfung ist nicht ohne schwere Gefahren, aber drohende Gefahren sind ein kleineres Übel als sicheres Unheil. Deshalb hat die Regierung keine Wahl, sie muß die Bedingungen annehmen. Die Bourgeoisie hat den Krieg heraufbeschworen, die Bourgeoisie ist verantwortlich für die Friedensverträge und ihre verderblichen Folgen. Sie erweist sich unfähig, die Wirkungen des Krieges zu überwinden. Darum

gemeinsames Zusammenwirken der Arbeiterklassen aller Länder

allein kann der Krieg des Kapitalismus durch den steigenden Sieg des Sozialismus überwunden werden.

Französisch-nationalistische Kriegshege.

Berlin, 10. Mai. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Deutsche Tageszeitung veröffentlicht eine angebliche Notiz des Temps, in der es heißt: „Man kann schon im voraus versichern, ob die künftige Reichsregierung das Ultimatum annimmt oder nicht, es werden die Bestimmungen über die Entlassung jedenfalls nicht beachtet werden. Eine Unterschrift wird deshalb keine Lösung bedeuten. Das deutsche und das französische Volk haben mehr und mehr einen Weg eingeschlagen, der zur gemeinsamen Lösung führt, denn, wie die Dinge gegenwärtig laufen, werden entweder die Franzosen von neuem kämpfen müssen, um ihre Unabhängigkeit zu schützen, oder die Deutschen werden sich gegen diejenigen wenden müssen, die ihnen die politische Freiheit nehmen. Die Beschlüsse von London werden entweder zu einem neuen europäischen Krieg oder zu einer wirklichen europäischen Revolution führen.“

Der kritische 13. Mai.

Berlin, 10. Mai. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Aus Paris wird gemeldet: In der Pariser Presse wird offiziös die Nachricht verbreitet, der Ministerrat werde sich am Freitag, dem 13. Mai, im Elyseé versammeln, um dann die Lage zu prüfen. Die Frage, ob der Befehl zum Vorwärtsschritt zum Zusammentritt des Ministerrats im gegebenen Falle schon erteilt worden ist, ist in dieser Notiz offengelassen.

Aufhebung der Sanktionen bei Annahme des Ultimatus.

Frankfurt a. M., 10. Mai. Die Frankfurter Zeitung schreibt: Wie wir hören, hat die Reparationskommission auf Anfrage mitgeteilt, daß die im Anschluß an die Londoner Kon-